

BILDUNGSKURIER

MAGAZIN DER LANDESBILDUNGSORGANISATION DER SPÖ OÖ • NR. 1 • 75. JG, MÄRZ 2024

ÖSTERREICHISCHE POST AG • GZ 02Z032837 M • P.b.b. • SPÖ Oberösterreich, Landstraße 36/1, 4020 Linz



Wohin geht Europa?

„Die Erfolge der Europäischen Union gehören vor den Vorhang geholt“

EU-Spitzenkandidat Hannes Heide
im Interview

Seite 8/9

EU:

Versprechen für Wohlstand,
Frieden und Demokratie

Seite 6

KI im Fokus:

Chancen nutzen,
Gefahren erkennen

Seite 7

International:

Perspektiven für
eine friedliche Welt

Seite 10/11

DEINE ZUKUNFT MACHT SINN FÜR UNS.

ENERGIEAG
Österreich

Wir denken an morgen



Jetzt informieren und Jobchancen entdecken!
www.energieag.at/karriere

Entgeltliche Einschaltung



C

CENTRAL

WIR MACHEN IHR EVENT MÖGLICH

Credit: Pixelkinder.com

Direkt auf der pulsierenden Landstraße und keine zehn Schritte weiter im Herzen einer Großstadtoase: Das CENTRAL besticht trotz verkehrsgünstiger Lage durch sein ruhiges und entspanntes Flair. Bei uns finden Sie ein professionelles Umfeld, eine moderne technische Ausstattung und natürlich den Charme des ehemaligen CENTRAL-Kinos. Die hervorragende Akustik und die flexiblen Ausstattungselemente bieten Raum für gelungene Events im besonderen Rahmen.

Alle Infos zu den Veranstaltungen und zur Vermietung finden Sie unter office@centrallinz.at, www.centrallinz.at

Landstraße 36, 4020 Linz, +43 5 7726 1199, office@centrallinz.at, www.centrallinz.at

Demokratie unter Druck

BERND DOBESBERGER • CHEFREDAKTEUR



Als Kind in den 1960er Jahren habe ich gehört und gelernt, dass Österreich nun eine Demokratie ist. Früher wäre das nicht so gewesen, aber die Österreicher:innen hätten dazugelernt: Demokratische Verhältnisse sind besser und daher gäbe es ab jetzt Demokratie. In den siebziger Jahren habe ich als Jugendlerner von Bruno Kreisky mitbekommen, dass die Demokratie sich weiterentwickeln könne. Alle gesellschaftlichen Bereiche sollten mit Demokratie durchflutet werden. In den Schulen, den Universitäten und sogar in den Betrieben sollte die Demokratie Einzug halten.

Als Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre die Sowjetunion kollabierte und ihr Staatensystem zerfiel, da meinten manche, dass nun die Demokratie endgültig für immer gesiegt hätte. Auf der ganzen Welt!

Und heute müssen wir konstatieren, dass die Demokratie unter Druck steht. Die zentralen Bestandteile demokratischer Verhältnisse (freie Wahlen, Bürger:innenrechte und Rechtsstaatlichkeit) werden angegriffen. Menschenrechte sollen nicht mehr für alle gelten, die Privatisierung von rechtsstaatlichen Verhältnissen finden manche für erstrebenswert und in Ungarn und in einer wachsenden Zahl anderer Länder gibt es zwar Wahlen, aber frei sind sie nicht.

Sozialdemokrat:innen haben immer für die Demokratie und auch für mehr Demokratie gekämpft. Das war 1888/89 bei der Einigung der Partei in Hainfeld der Fall und vor neunzig Jahren als Schutzbündler verzweifelt versuchten die Demokratie, die Republik und die Verfassung vor dem Austrofaschismus zu bewahren. Die Verteidigung und der Ausbau der Demokratie muss auch heute unser Auftrag sein!

„Sozialdemokrat:innen haben immer für die Demokratie gekämpft.“

Inhalt

- 4 EU-Wahl:** Einen Überblick über Machtverhältnisse, politische Trends und Bürger:innenerwartungen gibt Thomas Weber.
- 6 Einblick:** Die EU sind wir alle und sie ist, was wir daraus machen, betont EU-Abgeordnete Evelyn Regner.
- 7 Netzpolitik:** Katharina Kucharowits spricht über Gefahren, Chancen und Risiken künstlicher Intelligenz.
- 8 Interview:** SPÖ OÖ-Spitzenkandidat Hannes Heide erklärt, warum wenige Stimmen das Kräfteverhältnis im EU-Parlament drehen können.
- 10 Friedenspolitik:** Herausforderungen und Perspektiven für eine friedlichere Welt skizziert Bernd Dobesberger.
- 12 Vor Ort:** Lukas Russ motiviert dazu, sich als EU-Gemeinderät:in zu engagieren.
- 13 Weiterbildung:** Fit für Europa-Camps mit Beiträgen von Expert:innen und Kandidat:innen zur Vorbereitung auf die EU-Wahlen.



4



7



8



10



Produziert nach der Richtlinie des österreichischen Umweltzeichens, „Druckerzeugnisse“
Gutenberg-Werbering GmbH, UW-Nr. 844



Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: Sozialdemokratische Partei Österreich, Landesorganisation – Landesbildungsausschuss, 4020 Linz, Landstraße 36/1
Tel: 05-77 26 11-16, nicole.trudenberger@spoe.at, www.renner-institut.spoe.at
Redaktion: Nina Andree, Bernd Dobesberger, Manuela Hiesmair, Georg Hubmann, Iris Ratzböck-Höllner, Lukas Russ, Nicole Trudenberger, Barbara Hinterleitner, Laura Wiednig
Grundsätzliche Richtung: sozialdemokratisch
Hersteller: Gutenberg-Werbering Ges.m.b.H.
Nr. 01/24, März, SPÖ OÖ-Info-Nr. 1/2024, GZ 02Z032837 M,
P.b.b. Erscheinungsort Linz, SPÖ OÖ, 4020 Linz, Landstraße 36/1

Europawahl 2024: Parlament im Blick

Gesetzgebung, Fraktionsbildung und Bürger:inneninteressen im Fokus. Eine Analyse der Machtbalance, politischer Trends und Bürger:innenerwartungen vor der EU-Wahl 2024.

THOMAS WEBER

Das Europäische Parlament

Gemeinsam mit dem Rat der EU ist das Europäische Parlament für die Gesetzgebung verantwortlich. Es kann daher zwar keine Regelungen allein erlassen, aber ohne das Parlament kann fast nichts beschlossen werden. Dem Rat, also den Regierungen der Mitgliedstaaten, steht es als weitestgehend gleichberechtigter Gesetzgeber gegenüber.

Es gibt nur mehr wenige Themen, bei denen das Parlament von den Mitgliedstaaten lediglich angehört werden muss. Hierbei handelt es sich vor allem um die Außenpolitik und die Steuerpolitik.

Das Parlament genehmigt zudem das Budget der EU und hat in wichtigen Bereichen ein Vetorecht, z.B. bei Handelsverträgen.

Zusammensetzung vor und nach der Wahl

Die Abgeordneten werden auf nationalen Parteilisten gewählt. Derzeit gibt es 705 Abgeordnete, davon 19 aus Österreich - und drei aus Oberösterreich: Angelika Winzig (ÖVP), Hannes Heide (SPÖ) und Roman Haider (FPÖ).

Nach der Wahl schließen sich die Abgeordneten zu europaweiten Fraktionen zusammen. Derzeit gibt es sieben: die „Europäische Volkspartei (Christdemokraten)“ mit 177 Abgeordneten (mit der ÖVP), die „Progressive Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament“ mit 139 Mandaten (mit der SPÖ), „Renew Europe“ mit 102 Abgeordneten (mit den Neos), die „Grünen/EFA“ mit 72 Mandaten (mit den Grünen), „Identität und Demokratie“ mit 59 Mandaten (mit der FPÖ); ohne österreichische Beteiligung sind die „Europäischen Konserva-

tiven und Reformen“ (68 Mandate, mit zB der polnischen Partei PiS) und „Die Linke im Europäischen Parlament“ (37 Mandate, mit zB der deutschen Partei Die Linke). 49 Abgeordnete sind fraktionslos.

Es gibt keine ständige Regierungskoalition, sondern für jede Abstimmung wird eine thematische Mehrheit gefunden. Wie aus den Zahlen im Absatz oben leicht zu errechnen ist, braucht es derzeit drei Fraktionen dafür. Welche Mehrheiten nach der Wahl möglich sind, hängt direkt vom Wahlergebnis ab.

Präsidentin Roberta Metsola (EVP, Malta) hat das Amt seit Jänner 2022 inne, in der ersten Hälfte der Legislaturperiode war David Sassoli (S&D, Italien) Präsident. Österreichische Abgeordnete bekleiden bedeutende Funktionen: Othmar Karas (ÖVP) ist Erster Vizepräsident, Evelyn Regner (SPÖ) Vizepräsidentin. Die Vizepräsident:innen vertreten die Präsidentin, leiten Plenarsitzungen und bilden gemeinsam das Präsidium, das statutarische Leitungsorgan des Europäischen Parlaments.

Weil die Zusammensetzung des Parlaments regelmäßig nach demographischen Kriterien überarbeitet wird, werden heuer 720 Abgeordnete gewählt, davon 20 aus Österreich.

Die neue Europäische Kommission

Das Parlament wählt den Präsidenten bzw. die Präsidentin der Europäischen Kommission – allerdings auf Vorschlag des Europäischen Rats, also der Staats- und Regierungschefs der EU.

Bei der Nominierung des Präsidenten bzw. der Präsidentin ist gemäß dem EU-Vertrag das Ergebnis der Europa-

DER AUTOR:

Thomas Weber

ist Mitarbeiter im Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Österreich und zuständig für Öffentlichkeitsarbeit sowie Ansprechpartner für Schulen und Jugend.



wahl zu berücksichtigen. Daher stellen die europäischen Parteien europaweite Kandidat:innen für die Kommissionspräsidentschaft auf, wie es auch auf nationaler Ebene üblich ist.

2014 wählten die Abgeordneten den Spitzenkandidaten der stärksten Fraktion, Jean-Claude Juncker (EVP), zum Präsidenten der Kommission. Nach der Europawahl 2019 schlug der Europäische Rat Ursula von der Leyen – die nicht Spitzenkandidatin war – als Kommissionspräsidentin vor.

Vor der Europawahl 2024 haben zu Redaktionsschluss bereits mehrere Parteien ihre Spitzenkandidat:innen nominiert, etwa die Sozialdemokrat:innen mit dem derzeitigen Sozialkommissar Nicolas Schmit oder die Grünen mit den beiden Europaabgeordneten Terry Reintke und Bas Eickhout. Einige Parteien veranstalten noch Kongresse zu diesem Zweck. Die amtierende Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen wurde von ihrer nationalen Partei, der CDU, als Spitzenkandidatin der EVP vorgeschlagen.

Bevor die neue EU-Kommission ihr Amt antreten kann, muss das Europäische Parlament seine Zustimmung zum

designierten Team geben. Dafür stellen sich alle 27 Kommissars-Kandidat:innen einer öffentlichen Anhörung.

Themenbeispiel: Plenartagung März 2024

Welche der aktuellen Gesetzgebungsprojekte vor der Wahl abgeschlossen werden können und welche dann das neue Parlament beschließt, steht bei Redaktionsschluss vor den letzten Plenartagungen noch nicht fest. Beispielfähig seien einige Themen des Plenums im März aufgezählt: u.a. die Unterstützung der Ukraine, die Reform der Regeln für Pestizide und Gentechnik in der Landwirtschaft, die Straßenverkehrssicherheit (z.B. Führerschein-Gültigkeit, grenzüberschreitende Exekution von Verkehrsstrafen), die Wiederherstellung der Natur, Regeln für Plattformarbeit (be-

„In Umfragen geben diesmal mehr Menschen als 2019 an, bei der Europawahl wählen gehen zu wollen.“

trifft z.B. Beschäftigte von Taxiunternehmen und Essenslieferdiensten) oder die Verteidigungspolitik (z.B. gemeinsame Beschaffung im Rüstungsbereich).

„Die Österreicher:innen scheinen sich von der EU vor allem ein Engagement im Wirtschafts- und Sozialbereich zu erwarten.“

Umfragen: Wahlbeteiligung und Themen

Lange galt die Europawahl als „Wahl zweiter Ordnung“ mit einer niedrigeren Beteiligung als nationale Parlamentswahlen. 2019 ist die Beteiligung allerdings stark gestiegen. Es gibt Grund zur Hoffnung, dass dieser Trend anhält: In Umfragen geben diesmal mehr Menschen als 2019 an, bei der Europawahl wählen gehen zu wollen.

Die Österreicher:innen scheinen sich von der EU vor allem ein Engagement im Wirtschafts- und Sozialbereich zu erwar-

ten. Laut einer Umfrage im Auftrag der ÖGfE sollte sich die EU vor allem der Bekämpfung der Inflation widmen, dahinter folgt der Wunsch nach einer einheitlichen Asyl- und Migrationspolitik sowie die Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich. Aus der Eurobarometer-Umfrage von Herbst 2023 geht hervor, dass die wichtigsten Themen für die EU in Österreich die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, die Bekämpfung des Klimawandels, die Zukunft Europas, die Unterstützung der Wirtschaft und die Schaffung neuer Arbeitsplätze sind.

LINKS:

- europawahl.eu
- gemeinsamfuer.eu
- what-europe-does-for-me.eu
- politik-lernen.at/botschafterschulen

Das Europäische Parlament vor einer wegweisenden Wahl – in wenigen Wochen wissen wir, wie es weitergeht.



Die EU sind wir alle und sie ist, was wir daraus machen.

Es braucht ein gemeinsames Europa die Herausforderungen unserer Zeit: für Wohlstand, Frieden und Demokratie.

EVELYN REGNER

Am 2. Juli 2019 - vor fast fünf Jahren - hat sich das amtierende Europäische Parlament konstituiert. Es war ein anderes Europa - in einer anderen Welt. Großbritannien war noch Mitglied der EU, Coronaviren in erster Linie Virolog:innen geläufig und ein großflächiger Angriffskrieg an der EU-Grenze undenkbar.

Krieg, Pandemie und Krisen haben unser Leben mittlerweile stark verändert und zusätzlich ordnen der Klimawandel und die Digitalisierung unsere Gesellschaft neu. Wer angesichts dieser Herausforderungen glaubt, irgendein Land könnte sich dieser Zeitenwende allein stel-

„Ein gemeinsames Europa ist die Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit.“

len oder sie gar aufhalten, hat die Zeichen der Zeit nicht verstanden. Es ist ganz klar: Ein gemeinsames Europa ist die Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit.

Entscheiden wir uns gemeinsam am 9. Juni für eine friedliche, demokratische und soziale Europäische Union.



Auch klar: Die politische Kooperation von 27 Mitgliedstaaten, von 450 Millionen Europäer:innen, das ist kompliziert. Aber das EU-Parlament ist die einzige wirklich direkt demokratisch gewählte

„Für ein bezahlbares Leben, einen sozial gerechten Klimaschutz und klare Regeln für digitale Megakonzerne.“

Vertretung der Bürger:innen. Wir setzen uns für Ihre Anliegen und Prioritäten ein: Für ein bezahlbares Leben, einen sozial gerechten Klimaschutz und klare Regeln für digitale Megakonzerne.

„Die EU als größter Wirtschaftsraum der Welt hat die Kraft, den Konzernen klare Regeln vorzugeben.“

Es ist so viel gelungen in den letzten Jahren, vieles an dem ich auch ganz persönlich als Verhandlerin beteiligt war: Die EU-Konzernsteuererklärung, die Regulierung von Briefkastenfirmen, das Schließen der Lohnschere, die Quote in Aufsichtsräten, usw. Ich werde weiter daran arbeiten, dass uns noch viel mehr gelingt, denn die Probleme werden nicht weniger. Die EU als größter Wirtschaftsraum der Welt hat die Kraft den Konzernen klare Regeln vorzugeben und

DIE AUTORIN:

Evelyn Regner

ist seit 2009 Abgeordnete zum Europäischen Parlament und seit Jänner 2022 auch Vizepräsidentin des Hauses. Darüber hinaus ist sie stellvertretende Delegationsleiterin der SPÖ im EU-Parlament.



so globale Standards für die Rechte der Beschäftigten und die Umwelt zu setzen. Hohe Schutzstandards, sozialpartnerschaftlicher Dialog und ein starkes soziales Netz sind Grundlage des wirtschaftlichen Erfolgs, nicht dessen Gegner. Denn wenn es wenig Regeln gibt, profitieren nur die Großen, die es sich ohnehin selbst richten können.

Das alltägliche Leben, die Miete, das Heizen oder auch das Auto werden immer teurer. Die EU-Skepsis ist nirgendwo so groß wie in Österreich, die Inflation höher als im Rest der Eurozone und die Vermögenskonzentration enorm. Wenn immer mehr Menschen das Vertrauen in unser politisches System verlieren, bedroht das auch die Grundfesten unserer Demokratie. Die Antwort darauf kann nur gut durchdachte Politik auf Augenhöhe sein. Und diese Politik, sowie die europäische Demokratie wird gestärkt, wenn sich viele beteiligen. Die EU sind wir alle und sie ist, was wir daraus machen. Wir entscheiden am 9. Juni über den Kurs der nächsten fünf Jahre und ich wünsche mir, dass wir ein starkes Signal an die ganze Welt senden. Die EU ist das Versprechen für Wohlstand, Frieden und Demokratie. Ich werde weiterhin tagtäglich daran arbeiten meinen Beitrag zu leisten, um dieses Versprechen zu halten.

KI im Fokus: Chancen nutzen, Gefahren erkennen

Warum wir einen verantwortungsvollen Umgang mit künstlicher Intelligenz brauchen und wie die Schaffung einer digital souveränen, demokratischen und feministischen Zukunft gelingen kann.

KATHARINA KUCHAROWITS

Künstliche Intelligenz (KI) ist in unserem Alltag angekommen. Aus der „Nerd-Bubble“ raus in unser tägliches Leben. Ob in der Schule, im Job, in der Politik oder im Privaten. Programme wie ChatGPT haben KI in aller Munde gebracht.

„Wir alle müssen fit werden, um KI zu verstehen, sie nützen zu können und kritisch zu bleiben.“

Die Politik hat die Aufgabe, die Chancen und Gefahren zu definieren und sie zu regulieren. Und es gilt Ausbildungs-offensiven und Aufklärungskampagnen auf den Weg zu bringen. Wir alle müssen fit werden, um KI zu verstehen, sie nützen zu können und kritisch zu bleiben. Kritisch vor allem dann, wenn versucht wird uns zu manipulieren, uns etwas vorzugaukeln. Fit, wenn es um mehr Gelder in der KI-Grundlagenforschung geht.

Österreich und Europa haben das Zeitalter der Digitalisierung verschlafen, die Entwicklung der KI wäre noch gestaltbar. Mit dem AI-Act, der das erste umfassende KI-Gesetz weltweit darstellt, haben wir als EU einen ersten wichtigen Schritt Richtung Regulierung getan. Im AI-Act werden Verbote definiert und es erfolgt eine Einteilung in Risikogruppen. Aber, etwas Wichtiges fehlt: Die Offenlegung von Dateneinspeisung und deren Quellen wird nicht erfasst.

Was muss getan werden, um einen verantwortungsvollen Umgang mit KI zu schaffen?

- Als Bundesregierung gilt's Gelder in die Hand zu nehmen und in Forschung, Innovation und Entwicklung zu investieren. Bisweilen liegt die Konzentra-

tion der Macht bei Konzernen in den USA und Asien. Wir fordern einen Aktionsplan für ein digital souveränes

„Wir fordern einen Aktionsplan für ein digital souveränes Österreich und Europa.“

Österreich und Europa. Ein besonderer Fokus soll auf den OpenSource Bereich im Bildungssektor gelegt werden, damit Schüler:innen und Pädagog:innen nicht von Microsoft abhängig sind.

- Um KI zu erfahren, anzuwenden und zu nutzen, braucht es den Zugang zu Infrastruktur. Deshalb: Her mit dem Recht auf Internet für alle.

„Her mit dem Recht auf Internet für alle.“

- Es braucht Kennzeichnungspflichten beim Einsatz von KI-Anwendungen. Stichwort: Beautyfilter auf Social Media, die besonders verfälschte Ergebnisse des weiblichen Körpers liefern und damit negative Auswirkungen auf das Selbstbild von Mädchen und Frauen haben.

- Deepfakes als Gewalt gegen Frauen: Zahlreiche Beispiele führen uns die Risiken der sich immer weiterverbreitenden Nutzung von KI fast täglich vor Augen. In über 90 Prozent der Fälle sind Frauen die Opfer. Besonders prominent ist aktuell das Beispiel des Popstars Taylor Swift: Via Deepfakes wurden sexualisierte Darstellungen der Künstlerin auf verschiedenen Plattformen verbreitet. Um hier entgegenzuwirken, fordert

DIE AUTORIN:

Katharina Kucharowits

ist Abgeordnete für den Nationalrat und Bereichssprecherin für Netzpolitik.



Foto © Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS

etwa die UNESCO die Anerkennung von Online-Gewalt gegen Frauen als Menschenrechtsverletzung.

Eine Zeitenwende ist eingeläutet. Ähnlich wie damals bei der Erfindung des Internets oder des Buchdrucks und sie hat klare Auswirkungen auf uns alle und vor allem auf uns Frauen. KI kann viel - sie bietet Chancen, sie birgt aber eben auch Gefahren. Deshalb schauen wir nicht zu wie uns Konzerne durch KI dominieren oder manipulieren, sondern gestalten wir das KI-Zeitalter selbst. Als Europäische Union, souverän, demokratisch, solidarisch und feministisch.

Wir brauchen eine digitale, gleichberechtigte Zukunft, die die Rechte und Sicherheit von Frauen und Mädchen schützt und stärkt.



Die Erfolge der Europäischen Union gehören vor den Vorhang geholt

EU-Abgeordneter Hannes Heide tritt bei der Europawahl am 9. Juni wieder als Spitzenkandidat für Oberösterreich an. Im Interview mit dem **Bildungskurier** sprechen wir mit dem Bad Ischler über europäische Erfolgsgeschichten aus der Region und wie er mit ambitionierter Europapolitik dem medialen EU-Mobbing der Nationalist:innen kontert.

Bildungskurier: Bei der Wahl des Europaparlaments im Juni werden wichtige politische Weichenstellungen vorgenommen. Was sind die großen Konfliktfelder zwischen den politischen Fraktionen im Europaparlament?

Heide: Diese Europawahl ist eine Richtungswahl, bei der schon wenige Stimmen das Kräfteverhältnis im EU-Parlament

„Ich möchte im Europäischen Parlament weiter ambitioniert und zukunftsorientiert arbeiten.“

drehen können. Es geht um die Grundsatfrage, ob wir weiter konstruktiven Parlamentarismus mit einer demokratischen Mehrheit betreiben können, oder ob der Rechtspopulismus sich in Europa weiter ausbreitet und destruktive Blockadepolitik das Europäische Parlament von innen heraus lahmlegt. Eine Mehrheit der

„Für die Zukunft der Union ist es wichtig, dass sich ein demokratisches Europa durchsetzt.“

Nationalist:innen, die schon jetzt gegen jede Initiative stimmen, würde produktive Parlamentsarbeit kaum mehr möglich machen. Ich möchte im Europäischen Parlament weiter ambitioniert und zukunftsorientiert arbeiten, die Sorgen der

Menschen ernst nehmen und konkrete Lösungen finden. Für die Zukunft der Union ist es wichtig, dass sich ein demokratisches Europa durchsetzt. Umso wichtiger ist es, unsere sozialdemokratischen Wähler:innen zu mobilisieren.

Bildungskurier: Den Rechten und den ganz Rechten werden für diese Wahl deutliche Zugewinne prognostiziert, wie erlebst du diese Fraktionen bisher im Europaparlament?

Heide: Die rechten Fraktionen betreiben lieber EU-Mobbing, als inhaltliche parlamentarische Arbeit. Sie verteufeln die EU, obwohl es keine Entscheidung auf europäischer Ebene gibt, an der nicht mindestens ein:e Österreicher:in beteiligt ist. Besorgniserregend ist auch der zunehmende Rechtsruck der Europäischen Volkspartei, die zuletzt gemeinsam mit den Stimmen des rechten Flügels dem Druck der Industrie nachgegeben hat und das Verbot des nachweislich krebserregenden Spritzmittels Glyphosat sowie ein Verbot für unnötige Kunststoffverpackungen verhindert hat. Diese rückschrittliche Politik, gegen die Interessen der Bürger:innen, muss bei der Europawahl 2024 abgewählt werden.

Bildungskurier: Die SPÖ-Abgeordneten im Europäischen Parlament sind Mitglieder der „S&D Fraktion“, also der „Socialists & Democrats“. Was sind eure wesentlichen Anliegen für die kommende Wahlperiode?

Heide: Unsere Fraktion setzt sich in den Ausschüssen und im Parlament für die Verbesserung des Lebensstandards für

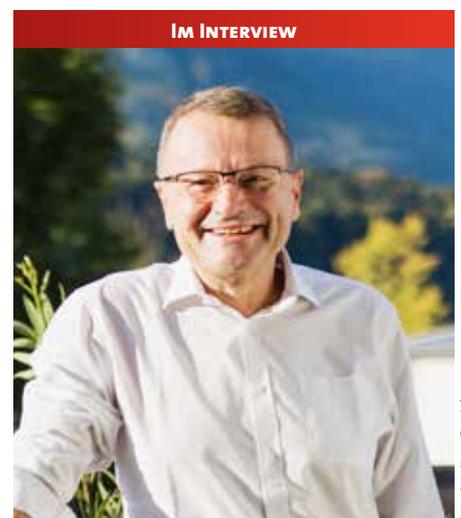


Foto © Leitner Daniel

IM INTERVIEW

Hannes Heide

ist seit 2019 Abgeordneter im Europäischen Parlament und engagiert sich für Regionalentwicklung, Kultur & Bildung sowie Korruptionsbekämpfung.

alle Menschen in Europa ein. Ein Meilenstein ist uns mit der Durchsetzung des europäischen Mindestlohns gelungen. Wir arbeiten außerdem an einem fairen Steuersystem, das Großkonzerne in die Pflicht nimmt und an gerechten Handelsabkommen mit Drittstaaten, die unsere europäischen Qualitätsstandards wahren und eine Beziehung auf Augenhöhe mit den Partnerländern sicherstellen. Die S&D Fraktion war von Beginn an federführend, was den Schutz unserer Rechte im digitalen Raum betrifft und möchte auch in Zukunft globale Standards im Datenschutz und im Umgang mit künstlicher Intelligenz setzen. Nachhaltigkeit wollen wir in allen Entscheidungen mit-

denken und die Weichen stellen für eine Politik, die auch den nachfolgenden Generationen noch ein lebenswertes und friedliches Europa hinterlässt.

„Die S&D Fraktion war von Beginn an federführend, was den Schutz unserer Rechte im digitalen Raum betrifft.“

Bildungskurier: Für viele Wahlberechtigte ist das Europaparlament persönlich kaum greifbar. Gibt es konkrete Maßnahmen der Europäischen Union, deren Folgen sich in den Regionen unmittelbar zeigen?

Heide: Die Erfolgsgeschichten der Europäischen Union gehören viel häufiger vor den Vorhang geholt. In den letzten fünf Jahren haben wir viel für den Umwelt- und Konsument:innenschutz geleistet und während der Corona Pandemie gezeigt, die Europäische Union kann auch schnell agieren, um medizinische Ausstattung und finanzielle Hilfe zu

organisieren. Die Förderungen sind sicherlich das Herzstück der Europäischen Union. Das meiste Geld fließt dabei in den ländlichen Raum. Vieles was nur durch EU-Unterstützung möglich ist, wird in Österreich aber nicht deklariert. Es gibt tausende LEADER-Projekte in den Gemeinden, vom Wanderweg über die Renovierung eines Frauenhauses bis zu Kulturinitiativen. Kaum jemand weiß, dass die Europäische Union aber auch die Finanzierung von Gesundheitszentren, sogenannten Primärversorgungseinheiten, den Aufbau eines Netzwerks von Community Nurses, die Förderung beim Heizungstausch, den Reparaturbonus und den Ankauf von Laptops in Schulen unterstützt. Die Strukturförderung der Europäischen Union seit der Pandemie ist für die Gemeinden in Oberösterreich eine Riesenchance für die Gestaltung der Kommunalpolitik.

Bildungskurier: Und zum Schluss, was ist dein zentrales Anliegen für deine weitere Arbeit im Europaparlament?

Heide: Ich möchte transparente Europapolitik machen, die in den Regionen spürbar ist. Dazu gehört über die Möglich-

keiten von Förderungen zu informieren und eine Stimme für die Interessen der Gemeinden im Europäischen Parlament und besonders im Regionalausschuss zu sein. Viel Herzblut steckt auch in meiner Arbeit im Ausschuss für Kultur und Bildung. Ein wichtiger Erfolg für mich war die geplanten Kürzungen der Förderprogramme Erasmus+ und Creative Europe zu verhindern. In Zukunft möchte ich für die grenzübergreifende Anerkennung von Bildungsabschlüssen arbeiten und die Entwicklung einer rechtlichen Grundlage vorantreiben, die faire Arbeitsbedingungen im Kulturbereich sichert. Unter dem Motto „Reden wir über Europa“ habe ich in den nächsten Monaten viele Sprechstunden und Diskussionen geplant, um die Anliegen in der Region direkt von den Wähler:innen zu hören und über meine Arbeit zu informieren.

Deine Stimme bei der Europawahl am 9. Juni zählt übrigens doppelt! Du kannst SPÖ ankreuzen & mit einer Vorzugsstimme deinen Kandidaten/deine Kandidatin direkt ins Parlament wählen.



Weltunsicherheit und die Suche nach Frieden: Ein Blick auf die aktuellen globalen Konflikte

Vom Ende des Kalten Krieges bis zu aktuellen militärischen Konflikten - Herausforderungen und Perspektiven für eine friedlichere Welt.

BERND DOBESBERGER

Weltunsicherheit
Etwa ein Vierteljahrhundert gab es die Hoffnung, dass es keine großen kriegerischen Konflikte mehr geben würde. Heute wissen wir, dass das eine Illusion war. Zumindest zwei Fragen drängen sich auf: Warum kam es zu der Fehleinschätzung? Und was tun?

Weltwunschordnung

In den Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg bestimmte der Ost-West-Konflikt die globale Sicherheitsordnung. Atomare Waffenarsenale auf beiden Seiten bedrohten die Weltbevölkerung. Die potenziellen Gefahren eines kriegerischen Konflikts zwischen den Supermächten USA und Sowjetunion (bzw. den jeweiligen Militärbündnissen) bestimmten die globale Sicherheitspolitik.

Mit dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch des „sozialistischen“ Staatensystems und der Auflösung der Sowjetunion vor mehr als 30 Jahren endete die Phase der Systemkonkurrenz zwischen Ost und West. Im Westen sah man das eigene System als Sieger. Der us-amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama sprach 1992 gar vom „Ende der Geschichte“. Demokratie und Marktwirtschaft hätten

sich allen anderen politischen bzw. ökonomischen Systemen als überlegen gezeigt und würden sich Zug um Zug auf der ganzen Welt durchsetzen.

Der damalige amerikanische Präsident George Bush (Senior) rief 1990 die „neue Weltordnung“ aus. Internationale Organisationen, insbesondere die UNO, sollten kollektive Sicherheit schaffen und vor allem Europa sollte neu organisiert werden. Zehn Jahre später, unter dem Präsidenten George W. Bush, wurde nicht mehr auf die Vereinten Nationen gesetzt, sondern militärisch – unter der unumstrittenen Führung der USA – wurde Ordnung im Sinn der USA durchgesetzt, beispielsweise im Irak oder in Afghanistan.

Die Idee, dass es rund um den Globus bald nur noch demokratische und marktwirtschaftliche Staaten gibt, hat sich in den letzten Jahren als zu simples Wunschbild herausgestellt. Einerseits sind die Demokratien in vielen Ländern

„Die Idee, dass es rund um den Globus bald nur noch demokratische und marktwirtschaftliche Staaten gibt, hat sich in den letzten Jahren als zu simples Wunschbild herausgestellt.“

stark unter Druck. Und andererseits gibt es mit Russland und China zumindest zwei Großmächte, die sich diesem Gesellschaftsmodell nicht einfach unterordnen wollen. Auch andere aufstrebende Volkswirtschaften wie Indien, Brasilien, die Türkei oder Südafrika anerkennen die absolute Vormachtstellung der US-Amerikaner (und auch der Europäischen Union) nicht mehr.

DER AUTOR:

Bernd Dobesberger ist Landesbildungsvorsitzender der SPÖ Oberösterreich.



Die Folge ist eine Zunahme internationaler Spannungen, drohender bewaffneter Konflikte und auch von Kriegen. Das reicht von der Ukraine über den Nahen Osten bis nach Taiwan. Jeder dieser Konflikte hat seine eigene Geschichte, seine eigenen Ursachen und Folgen, aber alle sind auch Ausdruck des Fehlens einer funktionierenden Weltsicherheitsarchitektur.

Krieg ohne Lösung

Keine zehn Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion wurde Wladimir Putin Präsident Russlands. Seit einem Vierteljahrhundert ist er der Machthaber im (geografisch) größten Land der Erde. Zunehmend autokratisch und diktatorisch führt er das Land und entwickelte imperiale Ziele, die sich am alten Großrussland orientieren und auch mit kriegerischen Mitteln durchgesetzt werden. Die USA und die EU haben Putin zuerst als Verbündeten gesehen und dann nicht mehr wirklich ernst genommen. Der damalige US-Präsident Barack Obama hat 2014 nach der Annexion der zur Ukraine gehörenden Krim Russland als „Regionalmacht“ bezeichnet, die „nicht aus Stärke, sondern aus Schwäche“ agiere.

Ende Februar 2022 marschierten russische Truppen in der Ukraine ein, offensichtlich mit dem Ziel mit einem kurzen Militärschlag ein russlandfreundliches Regime in der Ukraine zu installieren und den Osten der Ukraine Russland



anzugliedern. Der Widerstandswille der ukrainischen Bevölkerung und die Unterstützung aus dem Westen - insbesondere der NATO-Länder - verhinderten dies. Zwei Jahre nach seinem Ausbruch hat sich der Krieg zu einem Stellungskampf entwickelt in dem verbissen und blutig um Städte, Dörfer und Fabriken gekämpft wird. Momentan scheint es so, als ob weder Russland seine Kriegsziele erreichen wird können, noch das ukrainische Militär die russische Armee von ihrem gesamten Staatsgebiet (inklusive der Krim) vertreiben wird können.

Das gesamte Konfliktszenario, der Krieg und die massiven wirtschaftlichen und politischen Sanktionen gegen Russland führen offenbar nicht zu erwünschten Ergebnissen. Das Problem - nicht nur bei diesem Konflikt - ist, dass offensichtlich nur in militärischen Lösungen gedacht wird. Das bedeutet entweder keine Lösung wegen des militärischen Patts oder eine weitere Eskalation des Krieges. Das wiederum bringt mehr menschliches Leid, mehr zerstörte Infrastruktur und die wachsende Gefahr für eine Ausdehnung des Krieges mit sich.

Natürlich haben die Ukrainer:innen ein Recht auf die militärische Verteidigung ihres Landes, natürlich soll die Ukraine

„Das Problem ist, dass offensichtlich nur in militärischen Lösungen gedacht wird.“

unterstützt werden und natürlich soll Russland nicht als Sieger aus dem Krieg hervorgehen. Aber offensichtlich ist die rein militärische Option ein Szenario ohne wirkliche Lösung.

Auch der Konflikt zwischen Israel und den Palästinenser:innen wird sich mit militärischen Mitteln nicht lösen lassen. Die massive Reaktion Israels auf den brutalen und schockierenden Terroranschlag am 7. Oktober letzten Jahres ist nachvollziehbar. Auch das Ziel der Ausschaltung der Hamas ist verständlich. Diese islamistische Terrororganisation ist weder legitimer Repräsentant der Palästinenser:innen, noch ist sie eine Befreiungsbewegung. Aber auch wenn

es Israel gelingen sollte alle Kämpfer der Hamas zu töten oder gefangen zu nehmen, ihre Kommandostruktur vollständig zu beseitigen, ihre Waffen unschädlich zu machen und ihr Tunnelsystem zu vernichten, ist damit das Problem nicht gelöst. Erst wenn es eine politische Lösung für das palästinensische Volk gibt, erst wenn es eine Zweistaatenlösung gibt, erst dann ist ein Ende des blutigen Konflikts möglich.

Zwei aktuelle Kriege, die offensichtlich militärisch nicht gelöst werden. Derzeit wird aber weltweit massiv aufgerüstet, um mehr Sicherheit in der wachsenden globalen Unsicherheit zu bekommen. Das wird insgesamt aber zu mehr Unsicherheit führen, denn Kriege führen eben nicht immer zu befriedigenden Lösungen. Es braucht eine Stärkung der internationalen Organisationen, insbesondere der Vereinten Nationen, es braucht eine Stärkung friedlicher Konfliktlösungen, es braucht Abrüstungsverhandlungen usw. usf.

Willy Brandt sagte es bereits vor Jahrzehnten **„Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts“**.

SPARKASSE 
Oberösterreich

#glaubandich

www.sparkasse-ooe.at



Europa fängt in der Gemeinde an: Werde jetzt Europa-Gemeinderät:in!

Lokale Verankerung, Europäische Perspektive: Gestalte die Zukunft vor Ort mit!

LUKAS RUSS

Europa mag weit weg erscheinen, doch die Bedeutung Europas manifestiert sich bereits auf lokaler Ebene. EU-Gemeinderät:innen spielen dabei eine entscheidende Rolle als Bindeglied zwischen der europäischen Ebene und den Gemeinden. Ihre Aufgaben sind vielfältig und reichen von der Förderung der europäischen Zusammenarbeit bis hin zur direkten Umsetzung von EU-Projekten vor Ort.

Europa-Gemeinderät:innen sind Botschafter:innen der Europäischen Union in den Gemeinden und tragen dazu bei europäische Politik lokal zu verankern und somit spürbar zu machen. Dies erfordert kein tiefgründiges Verständnis der europäischen Gesetzgebung, sondern mehr eine klare Vision für die Entwicklung der eigenen Gemeinde im europäischen Kontext. Als Europa-Gemeinderät:in erhält

man regelmäßig Informationen über ein kostenloses Abonnement des Magazins „Unser Europa. Unsere Gemeinde“ und einen monatlich erscheinenden Newsletter. Neben regelmäßiger Information zu EU-Projekten, gibt es auch die Möglichkeit Reisen und Fortbildungen gemeinsam mit anderen EU-Gemeinderät:innen zu absolvieren.

Zusätzlich finden auch regelmäßig Webinare, Netzwerktreffen und (Online)Tagungen statt, die man als EU-Gemeinderät:in besuchen kann. Durch die Teilnahme an europäischen Netzwerktreffen und Konferenzen können EU-Gemeinderät:innen zudem von Best-Practice-Beispielen anderer Gemeinden lernen und innovative Lösungen für lokale Herausforderungen entwickeln. Des Weiteren bietet die Position als Europa-

DER AUTOR:

Lukas Russ

ist Landesgeschäftsführer des sozialdemokratischen Gemeindevertreter:innenverbandes und Europa Gemeinderat in seiner Heimatgemeinde Wallern an der Trattnach.



Gemeinderät:in die Chance, die eigene Politik zu positionieren und in der eigenen Gemeinde von europäischen Förderprogrammen zu profitieren.

Um Europa-Gemeinderät:in zu werden, ist es wichtig, sich aktiv in der Gemeinde zu engagieren und ein starkes Interesse an europäischen Themen zu zeigen. Eine fundierte Kenntnis der europäischen Institutionen und Politikbereiche ist von Vorteil, ebenso wie kommunikative Fähigkeiten und die Kompetenz, komplexe Sachverhalte verständlich zu vermitteln. Ein Formular, welches von dem:der Gemeinderät:in und dem:der Bürgermeister:in unterzeichnet werden muss reicht vollkommen aus, um Europa-Gemeinderät:in zu werden.

Insgesamt ist das Amt von großer Bedeutung für die demokratische Legitimation europäischer Entscheidungen auf lokaler Ebene. Es bietet die Möglichkeit, Europa in der Gemeinde erlebbar zu machen und die europäische Integration von der Basis aus voranzutreiben. Wer sich dafür entscheidet Europa-Gemeinderät:in zu werden, kann somit einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der europäischen Identität und Zusammenarbeit leisten.

Weitere Infos findest du hier:
www.europagemeinderaete.at



Stärke deine Gemeinde, gestalte die EU mit! Werde jetzt Europa-Gemeinderät:in und sei Teil der lokalen Verankerung mit europäischer Perspektive.

Fit für Europa

Kampagne und Debatte

Am 9. Juni 2024 sind wir aufgerufen, die Abgeordneten zum Europäischen Parlament zu wählen. Sowohl in Österreich als auch europaweit handelt es sich um eine entscheidende Richtungswahl.

Mit unseren Vorstellungen von einem demokratischen, sozial gerechten und fortschrittlichen Europa kämpfen wir um den ersten Platz. Bei den Fit für Europa-Camps bereiten wir uns gemeinsam vor.

Wir debattieren mit unseren Kandidat:innen und Expert:innen über Europa und erarbeiten uns neue Skills, die wir im Wahlkampf gleich anwenden können.

Werde fit für Europa und sei dabei!

Sei mit dabei, debattiere und bilde dich gemeinsam weiter!

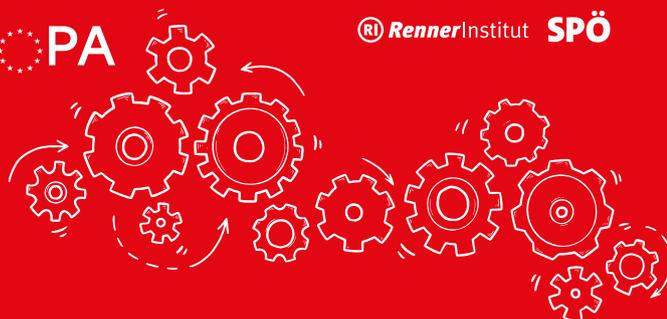
FIT FÜR EUROPA

Kampagne & Debatte

Samstag, 6. April 2024

Bildungshaus Jägermayrhof
Römerstraße 98, 4020 Linz

RennerInstitut SPÖ



Workshops:

Innovative und partizipative Wahlkampfmethoden

Magdalena Schrott, Trainerin und Moderatorin

Storytelling und Emotionalisierung: Botschaften wirkungsvoll rüberbringen

Gwendolin Jungblut, Juristin, Journalistin und Politikberaterin

Straßenwahlkampf und Gesprächsführung

Peter Strauß, Schauspieler und Kommunikationstrainer

Hart in der Sache - Debattenrhetorik

Christian Kraxner, Politologe und Historiker, Verhaltenstrainer

Content für Social Media

Gerald Demmel, Kontrast.at-Projektentwickler



Anmeldung:

<https://renner-institut.spooe.at/fit-fuer-europa/>



SPÖ Frauen OÖ

Die neue MARIE ist da!

Die „Marie“ – ein übersichtliches, nach Stichworten alphabetisch geordnetes Nachschlagewerk für Frauen. Sie wird alle zwei Jahre neu aufgelegt. Neben wertvollen Informationen und Anknüpfungspunkten, beispielsweise wie Rechtsansprüche in verschiedenen Lebenssituationen geltend gemacht werden können, erleichtert die Servicebroschüre den Einblick in undurchsichtige Behördenwege. Nicht zu vergessen: sämtliche Anlaufstellen und frauenspezifische Beratungseinrichtungen aus ganz Oberösterreich sind kompakt im hinteren Teil der Broschüre zu finden. Die „Marie“ verteilen wir kostenlos in ganz Oberösterreich an Frauen- und Sozialeinrichtungen, aber auch direkt an Frauen. Sie kann in jedem SPÖ Bezirksbüro oder in der SPÖ Landesorganisation in Linz bestellt bzw. abgeholt werden.



Foto © MecCreentle

Jetzt kostenlos bestellen: frauen-ooe@spoe.at.

Die Marie 2024/25 auch online lesen
oder herunterladen unter www.frauen-spoee.at

Renner Institut OÖ

Feierliches Absolvent:innentreffen

Am 27. November 2023 fand im feierlichen Rahmen das Absolvent:innentreffen der Lehrgänge 2022/2023 des Renner Instituts Oberösterreich statt. Die Abschlusszertifikate wurden von Landesbildungsvorsitzenden Bernd Dobeberger, Landesrat und Landespartei vorsitzenden Michael Lindner und Landesstellenleiterin des Renner Instituts OÖ Nicole Trudenberger überreicht.

Wir gratulieren allen Absolvent:innen der Nachwuchsakademie 2023, der Kommunalakademie 2022/2023, der Strategischen Werkstatt für Führungskräfte 2022/2023 und des Lehrgangs Strategische Moderation 2023 zum erfolgreichen Abschluss und wünschen für die weitere politische Zukunft alles erdenklich Gute!



Foto © Klaus Schöngrubner

Die Teilnehmer:innen freuen sich über ihr neu erworbenes Wissen und sind bereit, es in ihre weitere politische Arbeit einzubringen.

Sozialistische Jugend OÖ

Antifa-Seminar & Befreiungsfeier

FPÖ-Politiker:innen, die öffentlich für ein Überdenken der Menschenrechte plädieren. Ein ÖVP-Landeshauptmann, der den Ehrenschutz für ein rechtes Vernetzungstreffen übernimmt. Kampagnen zur Deportation von Menschen. Die rechte Szene in Österreich und Europa ist am Wachsen und findet Zuspruch in der Bevölkerung. Das ist Grund genug, sich mit antifaschistischen Themen und Strategien gegen Rechtsextremismus zu beschäftigen und sich daran zu erinnern, wohin Faschismus führt.

Auf unserem Antifa-Seminar setzen wir uns in vielen Workshops mit genau diesen Themen auseinander, um einen klaren Gegenpol gegen Rechts zu bilden. Mit über 200 jungen Menschen kannst du Spaß haben, dich weiterbilden und politisch diskutieren. Den letzten Seminartag bildet die Befreiungsfeier im ehemaligen KZ Mauthausen, wo wir als SJ gemeinsam den Opfern der NS-Zeit gedenken.



Gemeinsam mit hunderten jungen Menschen nimmt die Sozialistische Jugend jedes Jahr an der internationalen Befreiungsfeier teil.

ANTIFA-SEMINAR 2024

Wann: 03. bis 05. Mai 2024

Wo: Europacamp in Weißenbach am Attersee

Anmeldung & Fragen:

www.sjoe.at/antifa oder 0664/1438409

SPÖ Frauen OÖ

Morgen mit Michael: Talk & Brunch zu Gendermedizin

Diskriminierung auf Rezept und im Sport: Auch in hochentwickelten und modernen Gesundheitssystemen, wie dem Österreichischen, werden Krankheiten bei Frauen oft spät oder gar falsch diagnostiziert und Schmerzen sowie andere Beschwerden nicht ernst genommen. Ein Grund dafür ist, dass sich medizinische Forschung und somit auch das Wissen über Krankheiten stark am männlichen Körper orientieren. Neben einer guten, leistbaren und flächendeckenden Gesundheitsversorgung für Frauen, ist der Weg zur Gleichberechtigung auch in der medizinischen Forschung steinig. Ebenso gibt es im Sportbereich einiges an Aufholbedarf. Ein Besuch im Fitnessstudio oder ein Yogaprogramm auf der eigenen Fitnessmatte ist heutzutage nicht mehr wegzudenken. Dabei ist kaum vorstellbar, dass Sport für Frauen einst keine Selbstverständlichkeit war und das Fitnessstudio von Männern dominiert wurde.

Bis heute stellen sich für Frauen andere Herausforderungen als bei Männern. Darüber und mehr wurde mit SPÖ-Landesparteivorsitzenden Michael Lindner, SPÖ-Bundesfrauenvorsitzender Eva-Maria Holzleitner, Gendermedizinexpertin Mag.a Dr.in Anna Maria Dieplinger und Unternehmerin Isabella Kling gesprochen.



Foto © MecGreenie

Landesrat und SPÖ-Landesparteivorsitzender Michael Lindner, Isabella Kling, Mag.a Dr.in Anna Maria Dieplinger, Eva-Maria Holzleitner, Moderatorin Babara Eidenberger (von links nach rechts)

Gemeindevertreter:innenverband OÖ

Bürgermeister:innenkonferenz in Ebensee am 5. Jänner 2024

Am 5. Jänner 2024 lud der GVV Oberösterreich zur Bürgermeister:innenkonferenz nach Ebensee am Traunsee. Ganz oben auf der Tagesordnung stand die alarmierende Finanzsituation der oberösterreichischen Städte und Gemeinden. Diese stehen zum Jahreswechsel 2023/2024 mit dem Rücken zur Wand – nicht, weil sie schlecht gewirtschaftet haben, nicht weil sie zu viel Personal haben – sondern nur weil sie ihren Pflichtzahlungen an das Land Oberösterreich nachgekommen sind.

Die finanzielle Belastung der Gemeinden führt dazu, dass der Spielraum für kommunale Projekte immer enger wird und die Qualität z.B. einer zeitgemäßen Kinderbildung und -betreuung, der Vereins-, Kultur- und Sportförderung leidet.

Viele oberösterreichische Gemeinden rutschten durch die steigenden Zahlungen 2023 in die roten Zahlen und wurden zu sogenannten Härteausgleichsgemeinden.

Die SP-Bürgermeister:innen haben daher gemeinsam einen offenen Brief an den Finanzreferenten unterzeichnet. Sie fordern ein Ende der finanziellen Benachteiligung der oberösterreichischen Städte und Gemeinden.

Oberösterreichische SP-Bürgermeister:innen setzen sich vereint für finanzielle Entlastung ihrer Gemeinden ein.



Foto © Edwin Husic

Marie Jahoda – Otto Bauer Institut

„... den Tatbestand leugnen, nicht die Gesinnung“

Die österreichische Sozialwissenschaftlerin Marie Jahoda engagierte sich bereits als Schülerin für die sozialdemokratische Bewegung und beendete dies auch nicht, als 1934 die sozialdemokratischen Organisationen verboten wurden. Ihr illegales Engagement für die Revolutionären Sozialisten bezahlte sie mit acht Monaten Gefängnis. Internationaler Druck brachte ihr zwar im Juli 1937 die Freilassung, allerdings unter Aberkennung der österreichischen Staatsbürgerschaft und damit Emigration.

Anlässlich des 90. Jahrestages des 12. Februar 1934 fanden am 8. und 9. Februar Lesungen aus „Akteneinsicht. Marie Jahoda in Haft“ statt, die Widerstand, Inhaftierung und Emigration Jahodas thematisierten. Maria Hofstätter, österreichische Film- und Theaterschauspielerin, las aus dem 4. Band der Edition Jahoda. Andreas Kranebitter vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes erläuterte historische Zusammenhänge. Inga Lynch, Blues-Sängerin, begleitete mit Gitarre und Gesang. Weitere Veranstaltungen folgen.

Verfolgt im Austrofaschismus: Die erste Aufarbeitung des Gerichtsakts von Marie Jahoda.



Junge Generation OÖ

90 Jahre 12. Februar

In den vergangenen Tagen gedachten wir als Junge Generation den Kämpfen rund um den 12. Februar 1934 in Österreich.

Am 12. Februar 2024 versammelten sich Genoss:innen in ganz Oberösterreich, um den Februarkämpfen 1934 in Österreich zu gedenken. Unsere EU-Spitzenkandidatin Pia Mayr betonte in ihrer Rede am Linzer Stadtfriedhof (Traun) die oft übersehene Rolle der Frauen im Widerstand.

Die Frauen spielten eine entscheidende Rolle bei der Vorbereitung der Kämpfe, indem sie Waffen transportierten, Männer mobilisierten und provisorische Stellungen sicherten. Als Kundschafterinnen und Kurierinnen an Straßensperren trugen Frauen maßgeblich zur Kommunikation bei. Die Frauen übernahmen auch die Schlüsselrolle bei der Versorgung mit Essen, Kleidung und Munition, was den Zusammenbruch des Aufstandes hinauszögerte.

Pia zog Parallelen zur modernen Friedenspolitik und betonte die entscheidende Bedeutung von Frauen. Die Forderung nach einer nachhaltigen Friedenspolitik auf europäischer Ebene, die Beendigung bewaffneter Konflikte und der Schutz von Menschen sind heute dringender denn je. Pia rief zu Solidarität zwischen den EU-Mitgliedsstaaten auf und



Pia Mayr bei der Gedenkfeier in Traun anlässlich „90 Jahre Februarkämpfe“

unterstrich die Verantwortung der Sozialdemokrat:innen, Demokratie und Menschenrechte zu schützen.

**„Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!
Hoch die internationale Solidarität! Freundschaft!“**